

Machen ist wie wollen – nur krasser!

MAGAZIN

Mai 2019 • 69. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

bei aller Notwendigkeit von Konsolidierung und Digitalisierung, bei allen Chancen der veränderten Aufgabenwahrnehmung durch die Nutzung neuer Technologien, dürfen die Beschäftigten nicht aus den Augen verloren werden. In ihren Beiträgen beim Kongress „Digitaler Staat“ äußerten viele Entscheidungsträger unisono, dass der Mensch und nicht die Technik an erster Stelle stehe. Doch im beruflichen Alltag erleben die Kolleginnen und Kollegen, dass die Leistungserbringung für sie selber nach Konsolidierungsmaßnahmen leidet, sich Prozesse verlangsamen oder verzögern. Sie lesen und hören von Berichten, wie zuletzt der sog. Kohlekommission, in denen Behördenstandorte aus kompensatorischen Erwägungen eine „Spielgröße“ werden. Unseren Mitgliedern fehlt zunehmend das Verständnis für dieses Handeln. So entsteht Verdrossenheit und zugleich ein Vertrauensverlust gegenüber der Politik. Für die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte ernstzunehmende Warnzeichen. Wir haben daher Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun um seine Einschätzung gebeten. Nachfolgend drei Auszüge des Antwortschreibens:

„Das ITZBund erarbeitet in Abstimmung mit dem BVA insoweit bereits kurz- und langfristige Lösung zur Optimierung des Systems. Zudem sind das BMF und das BMI übereingekommen, eine interministerielle Arbeitsgruppe aufzusetzen, die alle Thematiken rund um die IT-Verfahren zur Beihilfegewährung gemeinsam mit dem BVA sowie dem ITZBund erörtern und Absprachen in diesem Bereich treffen soll. Ziel aller Beteiligten ist, dass sich das Verfahren der Beihilfegewährung baldmöglichst verbessern wird.“

„Die stärkere Berücksichtigung strukturschwacher Regionen bei Standortentscheidungen von Behörden ist, wie Sie wissen, ein Thema, mit dem sich die Bundesregierung derzeit intensiv auseinandersetzt. (...) Das Thema wird nach jetzigem Stand auch in der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eine Rolle spielen, deren Empfehlungen die Bundesregierung für Juli 2019 erwartet. (...) Mit der Entscheidung, die Cyberagentur in der Region Leipzig/Halle anzusiedeln, wird die bundesdeutsche Forschungslandschaft insgesamt gestärkt und für qualifizierte Arbeitskräfte in der freien Wirtschaft wie im öffentlichen Dienst gleichermaßen attraktiver. (...)“

„Ich darf Ihnen versichern, dass die Bundesregierung bei allen weiteren eventuellen Schritten selbstverständlich auch die Anlie-

gen und Bedürfnisse der Bundesbeschäftigten in ihre Überlegungen in besonderem Maße einbeziehen wird.“

Die Probleme bei der Beihilfearbeitung mit dem Beihilfesystem grundsätzlich zu vermengen, wäre eine falsche Schlussfolgerung. Zu Recht besteht die Forderung nach dringender Behebung der Störungen im Betriebsablauf fort. Ich möchte aber auch den fairen Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen der Dienstleister ansprechen. Keine Frage, wer sechs oder mehr Wochen auf seine Kostenerstattung der Beihilfe wartet, darf verärgert sein. Je nach persönlichen Umständen kann man dadurch in erhebliche finanzielle Engpässe geraten. Im Sachgebiet Beihilfe im BVA z. B. arbeiten die Kolleginnen und Kollegen jedoch bereits seit einigen Wochen freiwillig an den Samstagen. Sie nehmen zusätzliche Belastungen auf sich, um die Belastungen für die Antragsteller zu verringern.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesverwaltung ging es auch in meinem Gespräch mit der beamtenpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Petra Nicolaisen (MdB). Mit Hinweis auf bereits erfolgte Publikationen zum Gespräch beziehe ich mich auf den Gesetzentwurf zur Modernisierung der Besoldungsstruktur (BesStMG). Wie in der Verbändebeteiligung hatte ich beim Treffen mit Frau Nicolaisen die vbob Positionen erläutert. Inzwischen liegt uns ein geänderter Entwurf des BesStMG vor. Laut Minister Horst Seehofer soll es nun auch für die Beamtschaft eine verbesserte Anerkennung von Kindererziehungszeiten geben. Andere Forderungen, wie beispielsweise die Nachbesserungen beim Familienzuschlag oder die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit bestimmter Zulagen, werden dagegen bisher nicht berücksichtigt. Im weiteren parlamentarischen Verfahren zum BesStMG heißt es daher, unseren Belangen Gehör zu verschaffen.

Was hat mich in den letzten vier Wochen gefreut und was für Unverständnis gesorgt?

Gefreut habe ich mich, dass auch der dbb die hervorragende fachliche Expertise unserer vbob Funktionsträger für seine Veranstaltungen nutzt. So konnte Nicole Zündorf-Hinte, die FG-Vorsitzende im BMFSFJ beim 12. Forum Personalvertretungsrecht „Auf dem Weg in die Digitalisierung. Ihr Personalrat. An Ihrer Seite.“ die Dienstvereinbarungen zur mobilen Arbeit präsentieren. Diese Vereinbarung ist innerhalb der Bundesverwaltung sicherlich führend und wurde maßgeblich von unseren vbob Personalräten verhandelt.

Das Ausschlagen unserer Gesprächsanfrage bei Bundesminister Horst Seehofer ist bei mir dagegen auf großes Unverständnis gestoßen. Ein Jahr nach der Regierungsbildung mit einem Koalitionsvertrag gespickt mit Aussagen zur Bundesverwaltung wäre ein breit angelegter Meinungsaustausch mit Vertretern der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte für beide Seiten wertvoll. Bei allem Verständnis für terminliche Engpässe, Herr Minister, hier hatten wir eine größere Mitarbeiterorientierung über den Sicherheitsbereich hinaus erwartet.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

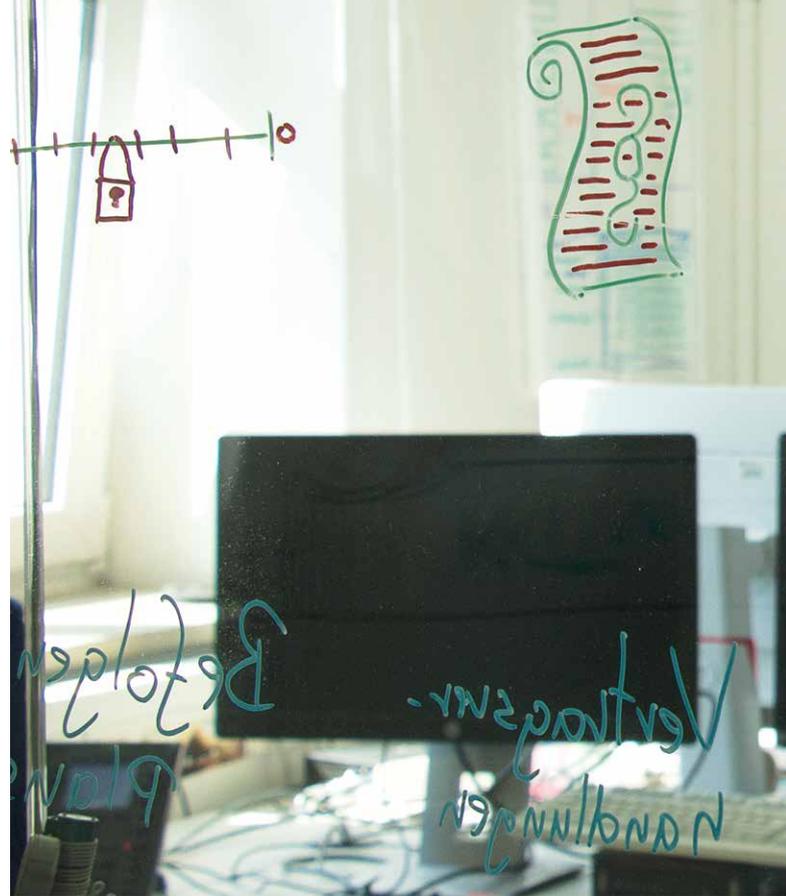
> Inhalt

- > Digitalisierung – Machen ist wie wollen, nur krasser ...! 4
- > Im Dialog mit ... den Fraktionsgeschäftsführern der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktion ... 8
- > ... und dem Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sinan Selen 9
- > BAMF, das ist mehr als Asyl ... 10
- > 60 Jahre Mitglied – Burkhard Neubauer geehrt 11
- > Besuch aus dem hohen Norden – Hjertelig willkommen 12
- > vbob jugend – AG vbob jugend zu Gast in Berlin 12
- > **dbb**
- > Was vom 23. bis 26. Mai in Europa passiert: How to do „Europawahl“ 13
- > interview: Europawahl-Spitzenkandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien 14
- > fünf fragen an – die Führungsspitze der europäischen dbb Dachgewerkschaft CESI 16
- > dbb jugend-Kampagne zur Europawahl: „Wo begegnet Dir Europa in Deinem beruflichen Alltag?“ 17
- > 12. dbb Forum Personalvertretungsrecht: Auf dem Weg in die Digitalisierung 18
- > dbb akademie 22
- > dbb bundesfrauenvertretung Hauptversammlung: Vom Lippenbekenntnis zur Umsetzung 24
- > dbb jugend Frühjahrs-Bundesjugendausschuss: Für Europa begeistern 28
- > reportage Bonn: Eine Stadtverwaltung lebt Europa – Nice to work with you! 30
- > generationengespräch: Karoline Herrmann (dbb jugend Bund) und Horst Günther Klitzing (dbb bundesseniorenvertretung): Wir müssen Europa näher an die Menschen rücken 34
- > service für dbb mitglieder 38
- > Ankündigung: 4. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST: Digitalisierungseuphorie oder KI-Wahnsinn? 39
- > online 40
- > rechtstipp: Kürzung des Ruhegehalts nach Tod der oder des Ausgleichsberechtigten 42
- > Anhörung im Innenausschuss des Bundestages: Keine Pauschalbeihilfe für GKV 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzende:** Rita Berning. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, Fotolia. **Titelbild:** © AdobeStock.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 36,00 Euro zzgl. 6,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. Einzelheft 4,00 Euro zzgl. 1,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 60 (dbb magazin) und **Preisliste** 39 (vbob Magazin), gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage dbb magazin:** 599.309 (IVW 4/2018). **Anzeigen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Markt-weg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



Digitalisierung Machen ist wie wollen, nur krasser ...!

Der Mai ist gekommen – und damit steht die Frühjahrstagung des Bundeshauptvorstandes im dbb forum siebengebirge vor der Tür. Arbeitsformen und -zeiten, Besoldungsmodernisierung, digitaler Wandel, Personalratswahlen 2020 – die Themenfelder für die gemeinsame Tagung von vbob Bundesvorstand und den Vorsitzenden der Fachgruppen versprechen interessante Diskussionen.

Der Bundeshauptvorstand des vbob trifft sich auch in diesem Frühjahr traditionell in Königswinter-Thomasberg. Am 10. und 11. Mai 2019 werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Inhalten einer umfangreichen Tagesordnung widmen. Beim letzten Bundeshauptvorstand im November 2018 wurde die Konzentration auf drei Schwerpunktthemen erprobt. Die positive Resonanz auf dieses Format hat den Bundesvorstand bewogen, bei dieser Sitzung wiederum drei Kernpunkte zu setzen.

Bereits am Freitagnachmittag haben die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes die Gelegenheit, sich mit dem Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Friedhelm Schäfer, über aktuelle Entwicklungen und Sachstände im Beamtenrecht auszutauschen. Von Arbeitszeitverordnung über Besoldungsmodernisierung bis hin zum Personalvertretungsrecht bieten sich zahlreiche Themen für eine intensive Diskussion an. Wir freuen uns auf interessante dbb Einblicke.



> Einblick ins IT-Labor des BAMF

© BAMF

Der vbob hat eine Arbeitsgruppe zu den Personalratswahlen 2020 gebildet. Bei der Planung und Vorbereitung sind neben der richtigen Rechtsanwendung und den thematischen Inhalten viele weitere Aspekte zu berücksichtigen. Die Erfahrungen wie auch die Erwartungen der Mitglieder des Bundeshauptvorstandes werden einen weiteren Schwerpunkt der Tagung bilden.

Besonders interessant verspricht die Diskussion zum Schwerpunkt „Arbeitszeit im Lichte der Digitalisierung“ zu werden. Der digitale Wandel verändert unsere Möglichkeiten. Ortsunabhängiges, mobiles Arbeiten wird dabei meist positiv bewertet, wohingegen die zunehmende Entgrenzung zwischen Arbeits- und Freizeit kritisch beleuchtet wird. Welche Erwartungen haben unsere Mitglieder und welche Rahmenbedingungen/Leitplanken sind aus Sicht der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte erforderlich. Ein wichtiger Meinungs- und Erfahrungsaustausch für die Gestaltung unserer Arbeitswelt von morgen.

Der digitale Wandel innerhalb der Bundesverwaltung ist das

zentrale Thema des vbob seit dem Bundesvertretertag. Die Gestaltung dieses tief greifenden Veränderungsprozesses, das Fitmachen von Führungskräften und Beschäftigten, die Schaffung guter Rahmenbedingungen, das Erkennen und Nutzen von Chancen – alle diese Punkte sind für erfolgreiche Einführung und Umsetzung von neuen Arbeitsweisen und -prozessen, wie sie mit der Digitalisierung der Verwaltung verbunden sind, von großer Bedeutung.

So möchten wir im Folgenden auf ein Digitalisierungsprojekt und dessen Auswirkungen auf Behörden am Beispiel des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufmerksam machen. Wir möchten uns bei unserem Gastautor Herrn Dr. Markus Richter, Vizepräsident des BAMF, sehr herzlich für den gegebenen Einblick bedanken.

■ „Machen ist wie wollen, nur krasser!“

„Digitalisierung in Behörden ist eine originäre Fachaufgabe, die zunächst einmal nur wenig mit IT zu tun hat.“ So lautet eine der Erkenntnisse, die das Bun-

desamt für Migration und Flüchtlinge in der Flüchtlingssituation (BAMF) der Jahre 2015 und 2016 gesammelt hat. „Wir sind inzwischen allein im Asylverfahren bei einem Digitalisierungsgrad von 84 Prozent“, erläuterte Markus Richter, Vizepräsident der Behörde. Jede fachliche und gesetzgeberische Entscheidung führe daher unmittelbar zu einem IT-Projekt. Die Folge: Fachliche Bedarfsträger müssten künftig Digitalisierung von vornherein noch stärker mitdenken. Prozesse und Arbeitsabläufe werden sich entsprechend anpassen.

■ **Neue Techniken führen oft zu neuen Arbeitsweisen**

Das BAMF hat bereits erste Teams eingerichtet, in denen Fachseite und IT gemeinsam und selbstorganisiert arbeiten. Aufwendige Abstimmungswege über Hierarchiestufen entfallen, fachliche und technische Entscheidungen werden unmittelbar im Team getroffen. Dadurch verkürzt sich

auch die Projektdauer um etwa die Hälfte. Diese Teams arbeiten ohne gesonderte fachliche Leitung. „Entscheidungen zu Inhalten und Prioritäten sind

dort verortet, wo die Experten sitzen: im Projektteam“, führte Richter aus. Das Ziel sei zwar vom Auftraggeber definiert, das „Wie“ und „was zuerst“ obliegt aber den Experten.

„Auf dem Weg zu humanzentrierten Dienstleistungen ist ein enger Austausch mit der betroffenen Fachseite integraler Bestandteil unserer täglichen Zusammenarbeit“, stellten Robert Eberle und Andreas Fulde vom BAMF klar. Beide gehören zu Deutschlands ersten Coaches in Behörden, die auf neue Arbeitsweisen spezialisiert sind. Sie arbeiten im IT-Labor des BAMF, einer Arbeitswelt, die mit der Bürokultur klassischer Behörden nicht mehr viel zu tun hat. Die Räume unterstützen mit flexibler Ausstattung die neuen Arbeitsabläufe, bei denen Feedback zu Ergebnissen und zu gemeinsamer Teamarbeit im Vordergrund steht. In zweiwöchigen Abständen präsentieren die Projekte ihre Fortschritte und holen die Meinungen aller Beteiligten ein.

Die neuen Formen der Zusammenarbeit würden sicher nicht zu jeder Aufgabe einer Behörde passen, ist sich Rudolf



► GPR-Vorsitzender Scheinost (stehend) im Gespräch mit Robert Eberle, einer der ersten Coaches in Behörden, die auf neue Arbeitsweisen spezialisiert sind.

Scheinost sicher. Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats erkennt aber auch Vorteile und verweist auf die Digitalisierungsagenda des BAMF mit über 50 Projekten. Selbstverständlich gelten dabei die bestehenden Mitbestimmungsrechte, aber bei der anstehenden Dimension der Veränderung sei eine frühzeitige Einbeziehung der Interessenvertreter notwendig. Die Betonung liege auf frühzeitig – schon bei der Entwicklung der Anwendung und der IT-Prozesse. „Da ist es hilfreich, wenn wir nicht einfach gemäß einer Wasserfalllogik auf Konzepte verwiesen werden und dann ein Endprodukt vorgesetzt bekommen“, so Scheinost. Neue Arbeitsweisen hätten die Chance, dass auch Zwischenprodukte schneller eingesehen und ausprobiert werden könnten. Im BAMF wurden dafür sogenannte „Sprintreviews“ eingerichtet, bei denen Programmierfortschritte regelmäßig vorgestellt werden.

► Neue Technologien – vom Hype auf den Boden der Tatsachen

Künstliche Intelligenz, Roboter, Blockchain, Big Data und Cloud-Dienste sind oft Reizworte. Die einen bejubeln, die anderen beargwöhnen sie. Meistens geht dabei die Angst einher, zu transparent zu werden oder gewohnte Arbeiten zu verlieren. Im BAMF wird mit all diesen neuen Technologien bereits gearbeitet oder es laufen

Pilotierungen. „Wir sehen es als geboten, die neuen Technologien zu erden, eigene Expertise aufzubauen und kritisch etwaige Mehrwerte herauszuarbeiten“, meinte Antje Kiss, Leiterin der IT-Abteilung des BAMF. „Unsere Priorität ist es, den fachlichen Bedarfen durch möglichst schlanke, effiziente und qualitätsfördernde Anwendungen gerecht zu werden.“ Das BAMF nehme Ängste bei Mitarbeitenden, die der Wandel mit sich bringt, ernst. „An erster Stelle steht der Mut zur ungeschönten Wahrheit und der Wille, aus Fehlern schnell zu lernen“, so Kiss.

► Gestalten – statt gestaltet werden

„Mit zunehmender Digitalisierung steigt der Digitalisierungsdruck weiter“, erläutert Kausik Munsli, Leiter der Softwareentwicklung des BAMF. Teilweise gelangten heute an einem Tag Hunderte und Tausende Daten auf einen Arbeitsplatz, wo früher nur einzelne Dokumente vorlagen. Damit die entstehende Datenflut beherrscht wird, müssten Informationssysteme über eine Plattform bereitgestellt werden. „Wenn wir diesem Wunsch nicht immer sofort entsprechen können, kommt es schnell zu Kritik“, so Munsli „denn auch die IT-Ressourcen sind trotz neuer Arbeitsweisen, einem beeindruckenden Engagement und neuer Architekturen begrenzt.“

Aber Kritik dürfe nicht dazu führen, dass eine Behörde neue Möglichkeiten und innovative Lösungen ignoriert. „Wer die Veränderung nicht wagt, Risiken und Probleme scheut, wird irgendwann fremdbestimmt verändert“, da ist sich Munsli sicher. Auch das sei eine Lehre aus der Flüchtlingssituation der Jahre 2015 und 2016.

Angesichts der Digitalisierung müssen zunehmend neue Talente für den öffentlichen Dienst gewonnen werden, die auf dem Arbeitsmarkt hart umworben sind. Das gelte sowohl für IT-Spezialisten wie auch für andere Berufsfelder. „Wir machen uns sonst einseitig von Externen abhängig und verlieren mit technischer Expertise auch die Möglichkeit, fachliche Bedarfe aus einer Hand in IT zu übersetzen“, erläuterte Regina Jordan, Leiterin der Personalabteilung des BAMF. Das BAMF, das als eine von wenigen Behörden Datenanalysten beschäftigt, diskutiere daher zusammen mit anderen Behörden auch zunehmend Möglichkeiten der flexibleren Entlohnung. Ob die tarifliche Bewertung von Arbeitsplätzen und Abschlüssen im Vordergrund stehen sollte, ist eine der Zukunftsfragen.

Das BAMF hat sich ein Strategieprogramm gegeben, das neben fachlichen Schwerpunkten eine attraktive Arbeitswelt und schlanke Abläufe im Rahmen eines Lean-Managements umfasst. „Ziel ist es, dass alle Abläufe des Hauses bestmöglich ineinandergreifen und so ein Beitrag zu einer möglichst hohen Digitalisierungsrendite geleistet wird“, sagte René Böcker, zuständig für Prozesse und Projektmanagement im BAMF. Mit seinem Team beschreibt er nicht nur Prozesse, sondern entwickelt auch das Projektmanagement praxisnah weiter. Dabei sei beispielsweise die rechtzeitige und kontinu-

ierliche Einbindung der Personalvertretungen fester Bestandteil.

Mit der Digitalisierung gewinnt die Berücksichtigung von Genderaspekten, Barrierefreiheit und Datenschutz weiter an Bedeutung. Bei neuen Lösungen und sich rasant entwickelnden Technologien fallen rechtliche und ethische Bewertungen oft schwer, weil klare Vorgaben, gesetzliche Regelungen und auch Rechtsprechungen oft erst sukzessive entstehen. „Da stellen sich zuweilen datenschutzrechtliche Fragen, die zum Teil das erste Mal gestellt werden“, meinte Peter Bierler, behördlicher Datenschutzbeauftragter des BAMF. „Wir gehen damit ganz offen um und suchen den Austausch zum Beispiel mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz“, so Bierler. Es gibt aber Kooperationen mit führenden Rechtsinstituten und Forschungseinrichtungen.

► NEXt – Ein neues Behördennetzwerk für Digitalisierung

„Das hört sich alles runder an, als es in der Praxis ist“, räumt der Vizepräsident des BAMF ein. „Wir sind auch nur Suchende und lernen täglich dazu“, sagte Richter und verwies auf ein Netzwerk, das im Jahr 2018 ins Leben gerufen wurde: Netzwerk-Experten der digitalen Transformation der Verwaltung (www.next-netz.de). NEXt versteht sich als exklusiver Kreis der proaktiven Digitalisierungstreiber im öffentlichen Sektor und steht unter der Schirmherrschaft von BMI-Staatssekretär Klaus Vitt. Erste Ergebnisse liegen bereits vor: ein Leitfaden zur digitalen Transformation von Behörden, behördenübergreifende Projektarbeit, Praktiker-Communities und Whitepaper. Unter dem Motto „Machen ist wie wollen, nur krasser!“, geht es dem Netzwerk auch darum, einen Kulturwandel in Behörden zu gestalten. ■

Im Dialog mit ...

... den Fraktionsgeschäftsführern der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktion ...

Eine gute Tradition ist der Meinungsaustausch zwischen den Abgeordneten und Fraktionen des Deutschen Bundestages und dem vbob – der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Am 14. März 2019 führte die Bundesvorsitzende Rita Berning diesen fort und erörterte mit Dr. Michael Güntner (CDU/CSU) und Dr. Michael Schäfer (SPD) die aktuellen Themen der Bundesverwaltung.



> Die Gespräche mit Dr. Michael Güntner (CDU/CSU) ...

In einem intensiven Austausch wurde unter anderem eine Bilanz zum Sachstand der Umsetzung des Koalitionsvertrages gezogen, in dem die Belange der Bundesverwaltung umfangreich enthalten sind. Der öffentliche Dienst steht für Sicherheit und Verbindlichkeit in Deutschland, zwei tragende Säulen unserer Zivilgesellschaft. Die Beschäftigten erfüllen somit eine wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das erklärte Ziel der Großen Koalition, die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der Bundesverwaltung zu gestalten, ist von zentraler Bedeutung.

► Digitalisierung der Bundesverwaltung

Die Digitalisierung der Bundesverwaltung ist eng mit der IT-Konsolidierung verbunden.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine zeitgemäße Verwaltung, mit der sie unkompliziert mittels digitaler Informationstechnologie kommunizieren können. Und auch

die Beschäftigten wünschen sich moderne Arbeitsplätze und Rahmenbedingungen. Trotz dieser sich entsprechenden Wünsche spüre sie zunehmend Vorbehalte gegenüber der IT-Konsolidierung, erklärte die Bundesvorsitzende dem Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion. Dabei ging es weniger um das Ob, sondern mehr um das Wie. Der zusätzliche Arbeitsumfang in den Behörden, speziell in den IT-Bereichen, ist immens. Die involvierten Kolleginnen und Kollegen müssen neben dem „normalen“ Arbeitsumfang die Belastungen durch die Vielzahl von Digitalisierungs- und Konsolidierungsprojekten tragen. Die Masse von Beratern wird dabei nicht immer als Entlastung oder Unterstützung wahrgenommen.

Beide Seiten waren sich einig, dass die Digitalisierung der Bundesverwaltung weiter vorangetrieben werden müsse. Der enge Zeitplan im Zusammenhang mit dem aktuellen Umfang von Maßnahmenpaketen sollte jedoch kritisch beleuchtet werden.

In diesem Zusammenhang mahnte Rita Berning ebenfalls die unzureichende Personalausstattung der zentralen Dienstleister im Bundesbereich an. Dies gelte nicht nur für das ITZBund, sondern ebenso für das BVA oder die BImA. Die Politik stehe in der Pflicht, die Zentralisierung von Dienstleistungen für die Bundesverwaltung und seine Beschäftigten durch ausreichend Personalsicherzustellen.

Im Falle des Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetzes wurden die Gespräche genutzt, um insbesondere auf die nachteilige Regelung beim Familienzuschlag hinzuweisen. Die geplante Halbierung des Familienzuschlags der Stufe 1 ist für viele Beamtinnen und Beamten mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden. An die Fraktionsgeschäftsführer wurden die kritischen Anmerkungen und Forderungen nach dringend erforderlicher Korrektur adressiert.

Rita Berning warb dafür, die Chance zur Anpassung von

§ 27 Bundeslaufbahnverordnung zu nutzen. Die Ergebnisse der Evaluation liegen bereits seit Monaten vor. In den Bundeshaushalten 2018 und 2019 wurden Stellen für die Entfristung von sachgrundlosen Beschäftigungsverhältnissen ausgedacht. Das Haushaltsgesetz schreibt vor, dass Behörden bei Überschreiten von 2,5 Prozent des Stellensolls grundsätzlich keine weiteren sachgrundlosen Arbeitsverträge schließen dürfen. Im Gespräch mit Dr. Michael Schäfer dankte die Bundesvorsitzende für die Initiative des BMF und zeitnahe Umsetzung des Koalitionsziels für die Bundesverwaltung. Mit großem Interesse erwarte man darüber hinaus jedoch den Gesetzentwurf des BMAS zur Eindämmung der sachgrundlosen Befristung.

► Arbeitszeit

Kurz angesprochen wurden ebenfalls die im Koalitionsvertrag erwähnten Arbeitszeitkonten. Hier erwartet der vbob den Entwurf des BMI. Für eine zukunftsfähige Gestaltung des



> ... und Dr. Michael Schäfer (SPD) sind immer sehr intensiv und informativ.

(flexiblen) Arbeitens werde eine umfangreiche Diskussion zur Arbeitszeit benötigt. Die bestehenden Regelungen passen häufig nicht mehr in die heutige Arbeits- und Lebenswirklichkeit. Damit die Bundesverwaltung sich als attraktiver

Arbeitgeber im Wettbewerb präsentieren kann, müssen die in der Arbeitszeitverordnung definierten Rahmenbedingungen neu justiert werden.

Gegenüber beiden Gesprächspartnern machte die Bundes-

vorsitzende darüber hinaus deutlich, dass die Beamtinnen und Beamten über die bestehenden Vereinbarungen des Koalitionsvertrages weiterhin ein eindeutiges Signal hinsichtlich der Wochenarbeitszeit erwarten. Der Unmut über den

aktuellen Zustand hält unvermindert an. Um das Vertrauen der Beamtenschaft zurückzugewinnen, sei es nunmehr dringend geboten, ernst gemeinte Fakten bei der Rückführung der Wochenarbeitszeit zu schaffen. *rb*

... und dem Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sinan Selen

„Ich bin begeistert von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“

Dies sagte der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) im Gespräch mit der vbob Bundesvorsitzenden. Im vbob Hauptstadtbüro trafen sich Sinan Selen und Rita Berning zu einem Meinungsaustausch über die aktuellen Themen der Behörde.

Sinan Selen und Michael Nie-meier heißen seit dem 21. Januar 2019 die neuen Vizepräsidenten des BfV. Gemeinsam mit Thomas Haldenwang, der am 15. November 2018 zum Präsidenten ernannt wurde, bilden sie die Amtsleitung. Die neue Führungsmannschaft verfügt über viele Jahre Erfahrung auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit. Die Leitung einer nachrichtendienstlichen Behörde, deren Aufgabewahrnehmung zudem von Teilen der Bevölkerung, Medien und Politik sehr kritisch begleitet wird, bleibt dennoch eine besondere Herausforderung.

In der deutschen Sicherheitsarchitektur nimmt das BfV eine wichtige Rolle ein. Die Personalausstattung liegt trotz der Stellenaufwüchse der vergangenen Jahre sehr deutlich hinter der von Bundes- und Länderpolizeien, dem Zoll oder der Bundeswehr. Deshalb ist es für den vbob wichtig, die besonders gelagerten Themenfelder der Nachrichtendienste nachdrücklich zu vertreten, erklärte Rita Berning ihrem Gast.

So ist bei der Ruhegehaltfähigkeit von Zulagen zumeist von der Polizeizulage die Rede. Die BfV-Beschäftigten sind aufgrund der bestehenden Sicherheitslage ebenfalls hohen Be-



lastungen und zum Teil weitreichenden Einschränkungen sogar über den aktiven Dienst hinaus umgesetzt. Mit der Diskussion um die Ruhegehaltfähigkeit mit allem Für und Wider ist Vizepräsident Selen gut vertraut. Beide Gesprächspartner stimmten überein, dass sich seit der Abschaffung der Ruhegehaltfähigkeit mit der Versorgungsreform 1998 die Belastungen durch die wachsenden Bedrohungslagen jedoch wieder enorm erhöht haben. Die Forderung nach der Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit, wie bereits in einigen Bundesländern geschehen, sei daher für ihn sehr verständlich.

Die vbob Fachgruppe bewegt mehr als die spezifischen Gegebenheiten eines Nachrichtendienstes. Die Personalzu-

gänge führen auch im BfV zu räumlichen Engpässen, denen nicht mehr mit sog. Raumverdichtungsmaßnahmen begegnet werden kann. Am Standort Berlin nutzt das BfV die Liegenschaft des BKA. Trotz des Ausbaus der Kapazitäten mittels Modulbauweise platzt die Dienststelle aus allen Nähten. Die Entwicklung des Standortes Berlin verfolgen die Beschäftigten mit großem Interesse. Sie favorisieren den Verbleib am Treptower Park. Nach Aussage von Sinan Selen teilt die Amtsleitung das Interesse der Beschäftigten. Inzwischen befinde man sich mit dem BKA in guten Gesprächen zur Lösung der Raumnot und gemeinsamen Nutzung von Einrichtungen.

Beim Thema vom mobilen Arbeiten in einem Nachrich-

tendienst, zeigte sich der Vize-Chef des BfV nicht verschlossen. Wichtig sei jedoch das Vorliegen der erforderlichen (sicherheits)technischen Voraussetzungen, die dem besonderen Schutz- und den Sicherheitsbedürfnissen gerecht werden. Einen konkreten zeitlichen Horizont hierfür konnte er noch nicht beziffern. Fakt sei aber auch, dass wenn die Möglichkeiten geschaffen seien, voraussichtlich nicht alle Aufgabebereiche bzw. Tätigkeitsfelder des BfV eine Freigabe für das ortsunabhängige Arbeiten erhalten können.

Im Zuge der aktuellen Diskussion um die Arbeitszeiten sprach Rita Berning die Anrechnung von Reisezeiten als Arbeitszeit an. Der Vizepräsident zeigte Verständnis für die Forderung und nannte die derzeitige Situation aus Sicht der betroffenen Dienstreisenden „höchst ärgerlich“ für alle Betroffenen. Bei vielen Beschäftigten des BfV seinen regelmäßige Dienstreisen im Rahmen der Aufgabenerledigung unumgänglich. Hohe Mobilität stellt in Zeiten hoher Auslastung aller Verkehrsträger eine zusätzliche Belastung für die Betroffenen dar.

rb

BAMF, das ist mehr als Asyl ...

... das ist Integration, das ist digitaler Wandel und vieles mehr. Dies wurde in den Gesprächen der Bundesvorsitzenden des vbob mit den beiden Vizepräsidenten Andrea Schumacher und Dr. Markus Richter deutlich.

Die Begrüßung an der Pforte in der Frankenstraße durch den Haussicherungsdienst war entspannt und freundlich. Die gute Atmosphäre zog sich durch den gesamten Tag, den Begegnungen mit den Beschäftigten und den Gesprächen mit der Vizepräsidentin und dem Vizepräsidenten. Nach den vergangenen turbulenten Jahren, geprägt durch teilweise hektischen Aktionismus, herrscht nun wieder eine gesunde Betriebsamkeit. Mit der notwendigen Akribie widmen sich die Beschäftigten ihren Aufgaben und täglichen Herausforderungen.

Dass das BAMF sich in Richtung Normalität bewegt, hängt von vielen Faktoren ab. Eine zentrale Bedeutung kommt der neuen Behördenleitung unter Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer, der seit Juni 2018 im Amt ist, zu. Mit Ruhe und Besonnenheit wurden die „Brennpunkte“ identifiziert und gemeinsam mit den Interessenvertretungen nach Lösungen für deren Abbau gesucht. In den Gesprächen mit der vbob Bundesvorsitzenden hoben sowohl Andrea Schumacher als auch Dr. Markus Richter, die Einsatzbereitschaft, die Kundenorientierung und

das Interesse der Beschäftigten an der Weiterentwicklung des BAMF hervor.

Die aktuellen Schwerpunkte für das BAMF liegen bei der Bearbeitung der Widerrufsprüfungen, also der Überprüfung des Aufenthaltsstatus. Bis 2020 müssen über 750 000 Verfahren überprüft werden. Dieser Überprüfungsumfang ist bis dato einmalig und bindet einen großen Teil im Asylbereich. Ebenso müssen die erforderlichen Integrations- und Sprachmaßnahmen ausgebaut werden, und die Belastung der Zentralabteilung unter anderem durch die Personalgewinnung ist anhaltend hoch. Im BAMF sieht man sich darüber hinaus als Vorreiter bei der Gestaltung des digitalen Wandels im öffentlichen Dienst. So hat das BAMF beispielsweise bereits im vergangenen Jahr die Koordinierung

und Implementierung der Netzwerk-Experten digitale Transformation der Verwaltung (NEXt) übernommen.

Neue Wege gehen – dieser Ansatz wird ebenso deutlich, wenn man Dr. Markus Richter in seinem Büro trifft. Der Vizepräsident geht in einem Vierpersonsbüro gemeinsam mit zwei Kolleginnen und einem Kollegen der Erledigung der Dienstgeschäfte nach. So mancher BAMF-Angehöriger hat schon einen verwunderten Blick durch die meist geöffnete Tür geworfen. Für den Vizepräsidenten, der im Jahr 2005 als Referent im BAMF eingestellt wurde, eine Maßnahme mit mehr als nur Symbolcharakter. Im ständigen Dialog mit den Personalräten, das Auge und Ohr bei den Beschäftigten, das ist sein Credo.

rb

10

vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte



... ist promovierter Jurist und seit dem 21. Juni 2018 Vizepräsident beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

2005 trat er als Referent in das BAMF ein. Es folgten Referenten- und Referatsleitereinsätze, unter anderem im Personalwesen, der Organisation, im Büro des Präsidenten sowie in den Grundsatzfragen der Integration und Migration. Von 2014 bis 2015 koordinierte er in der Funktion eines Referatsgruppenleiters IT-Dienstleistungen für Kundenbehörden bei der Bundesstelle für Informationstechnik (BIT) im Bundesverwaltungsamt. Im November 2015 kehrte er zum BAMF zurück und wurde mit dem Aufbau und der Leitung der neuen Abteilung „Infrastruktur/IT“ beauftragt.



... ist Volljuristin und seit 6. Juli 2018 Vizepräsidentin des BAMF.

2000 wechselte sie als Referentin in die politische Abteilung im Referat „Zwischenstaatliche Innenthemen (Verbrechensbekämpfung, SDÜ, Geheim- und Katastrophenschutz)“ zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel. Nach einer weiteren Referententätigkeit im Bundesministerium des Innern, Referat „Internationale Zusammenarbeit zur Terroristenbekämpfung“ übernahm sie 2006 die Leitung dieses Referates und 2008 die Leitung des Referates „Internationale polizeiliche Zusammenarbeit, EU-Zusammenarbeit, Europol“. Von 2012 bis 2017 leitete Frau Schumacher das Referat „Asyl, Migration und Außengrenzen“ in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU. Danach übernahm sie das Referat „Zivile Verteidigung/Innere Sicherheit“ in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO.

60 Jahre Mitglied – Burkhard Neubauer geehrt

Ein außergewöhnliches Jubiläum konnte Regierungsoberamtsrat a. D. Burkhard Neubauer am 1. April 2019 feiern: die 60-jährige Mitgliedschaft.



> Burkhard Neubauer (Zweiter von links) freut sich über die in diesem Rahmen entgegengebrachte Wertschätzung und Glückwünsche.

Herr Neubauer war auf Einladung der Fachgruppe Bundesversicherungsamt eigens von seinem Wohnort Elmshorn nach Bonn angereist, um im Rahmen einer kleinen Feierstunde die Ehrenurkunde im Kreise des Fachgruppenvorstandes sowie des Seniorenbeauftragten der Fachgruppe und einiger Mitglieder in Empfang zu nehmen.

Bis zu seiner Pensionierung war Herr Neubauer Prüfgruppenleiter in der Außenstelle Cloppenburg.

Besonders erfreulich war es für alle Teilnehmenden, dass es sich die Bundesvorsitzende Rita Berning nicht hat nehmen lassen, die Ehrung vorzunehmen und die Glückwünsche des vbob persönlich zu überbringen. Die Bundesvorsitzende überreichte die Ehrenurkunde sowie ein Präsent und bedankte sich bei Herrn Neubauer für seine jahrzehntelange Treue zum Verband.

Die Fachgruppenvorsitzende Josefine Neidt fügte an, dass es dem Vorstand schon immer ein besonderes Anliegen gewesen sei, auch weiterhin mit den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in Kontakt zu bleiben. Um deren Belange in besonderer Weise Rechnung zu tragen, steht seit dem letzten Jahr Karlheinz Tillmann für die Seniorinnen und Senioren als eigener Ansprechpartner zur Verfügung.

Herr Neubauer bedankte sich für die mit der Ehrung verbundene persönliche Wertschätzung.

Wir wünschen dem Kollegen für die Zukunft weiterhin alles Gute und noch viele gesunde Jahre.

Bei einem gemütlichen Beisammensein mit Kaffee und Kuchen klang die Jubiläumsfeier aus.

J. Neidt

Besuch aus dem hohen Norden Hjertelig velkommen

Am 4. April 2019 fand im Auswärtigen Amt ein länderübergreifender Austausch zwischen der Gewerkschaft Norsk Tjenestemannslag Sentralforvaltningen (NTL – Sentralforvaltningen) und der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob) statt.



Die vbob Bundesvorsitzende Rita Berning begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studienreise der norwegischen Gewerkschaft. Die NTL – Sentralforvaltningen organisiert über 7 000 Mitglieder in Ministerien und Behörden der norwegischen Landesregierung und weist in diesem Zusammenhang viele Gemeinsamkeiten mit dem vbob auf. Die ehrenamtlichen Vertrauenspersonen in den jeweiligen Dienststellen werden von fünf hauptamtlichen Beschäftigten der NTL bei der gewerk-

schaftlichen Arbeit unterstützt.

In dem zweistündigen Austausch konnten Gemeinsamkeiten und gemeinsame Themen identifiziert werden. Ein Themenschwerpunkt der norwegischen Gewerkschaft ist derzeit die Tarif- und Rentenpolitik. Ziel ist es insbesondere, im Bereich der Renten Verschlechterungen entgegenzuwirken. Die Digitalisierung der Arbeits- und Verwaltungswelt wurde in Norwegen bereits vor Jahren begonnen,

ist aber weiterhin ein wichtiges gewerkschaftliches Thema. Nach der Erfahrung von NTL verringert sich die Zahl der Beschäftigten nicht durch die Digitalisierung, was sich jedoch verändert, sind die anfallenden Aufgaben und Tätigkeiten. Auch die Frage des Fachkräftemangels, z. B. im IT-Bereich, ist im norwegischen Staatsdienst virulent. Die Frage der Gewinnung neuer Mitglieder hat für beide Gewerkschaften einen hohen Stellenwert und wurde ebenfalls intensiv erörtert.

Die Bundesvorsitzende dankte Frau Gitte Tellevik, die den Kontakt zum vbob gesucht hatte, und allen Gästen für das interessante Gespräch. Bereits am 15. Februar 2019 nutzte unser Mitglied Steffen Kollmann seinen Aufenthalt in Oslo, um den Meinungsaustausch mit NTL vorzubereiten. Ihm und der vbob Fachgruppe Auswärtiges Amt, insbesondere der Kollegin Clara Farrenkopf, die uns bei der Vorbereitung und Durchführung des Treffens unterstützt hat, ganz herzlichen Dank. *rb*

vbob jugend AG vbob jugend zu Gast in Berlin

In der 7. Sitzung der AG vbob jugend vom 29. bis 30. März ging es hauptsächlich um die Kampagne „Zukunft vbob“ der Jugend. Durch diese Kampagne sollen mehrere Ziele erreicht werden. Neben dem Ziel Satzungskonform zur dbbj zu werden, ist es für die AG ein großes Ziel, die Ansprechpartner für die Jugend in den einzelnen Fachgruppen zu benennen. Dadurch soll es zu einer größeren Identifikation mit der Gewerkschaft kommen und es soll so einfacher werden, die Jugend für das Thema Gewerkschaft zu begeistern. Die ersten Fachgruppen haben hier schon eine Person benennen können und diese wurde bereits bei Facebook veröffentlicht. Dieses Vorhaben wird natürlich immer weiter fortgesetzt. Um die Jugendvertreter nicht nur mit

Fachwissen zu unterstützen sondern auch beim Thema werben neuer Mitglieder, wurden auch neue Werbemittel besprochen, die dieses Jahr noch angeschafft werden sollen. Gerade vor dem Hintergrund der JAV-Wahlen 2020 ist das ein perfektes Timing. Daneben ist die Satzung des vbob und die Geschäftsordnung der Jugend ein großes Thema. Hier konnten schon Kontakte zur Bundesbankgewerkschaft und auch zur Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) hergestellt werden. Ziel ist es nun, aus deren Satzungen zu lernen um das übernehmen zu können, was sowohl zum vbob passt als auch die Kriterien der dbb jugend erfüllt.

Ein wichtiger Teil der Sitzung war der Austausch mit einer

unserer jungen Mitglieder aus der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS). Dieser Austausch mit den jungen Mitgliedern des vbob soll auch weiter ein wichtiger Teil der Arbeit der AG vbob jugend sein. Deswegen soll dieser Austausch sowohl einen Namen bekommen als auch regelmäßig beworben werden.

Zur nächsten Sitzung sind wir wieder in Köln und hoffen auch dort auf

interessierte Personen, die sich mit uns auf der Sitzung austauschen wollen.

tdg

